

Lehr. P 27/d vom 25.6.74

7B  
19.6.74 - 19

## N i e d e r s c h r i f t

Über die Gespräche zwischen dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED, Erich Honecker, und dem Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU, Leonid Iljitsch Breschnew,  
an 18. Juni 1974 in Moskau, Krenl

---

Genosse Breschnew begrüßte Genossen Erich Honecker auf das herzlichste und übermittelte ihm die Grüße des Politbüros des ZK der KPdSU.

Genosse Honecker erwiderte die Grüße auf das herzlichste und betonte, daß die Führung der SED darüber sehr erfreut ist, daß die Begegnung mit Genossen Leonid Iljitsch Breschnew stattfindet.

Genosse Breschnew betonte, daß es sich um ein sehr wichtiges Treffen handelt, das den ausgezeichneten Stand unserer Beziehungen widerspiegelt. Allein die Tatsache des Treffens spreche für sich. Man sollte solche Art Begegnungen öfter durchführen. Es müßten nicht immer Partei- und Regierungsdelegationen sein, da man auch während solchen kurzen Beratungen die wesentlichen Fragen behandeln könne, noch zumal man vor einander keine Geheimnisse habe.

Die jüngsten Wahlen zum Obersten Sowjet waren die besten Wahlen in der gesamten Geschichte unseres Landes. Das betrifft sowohl die Wahlbeteiligung als auch die Stimmenabgabe für unsere Kandidaten. Die Wahlen in Moskau sind immer ein gewisses Barometer für die Stimmung im Lande. Moskau hat 7 Mio Einwohner und ist bestimmend für die gesamte politische Atmosphäre. Hier haben wir sehr gute Ergebnisse bei den Wahlen erreicht. Ich möchte betonen, daß unser Volk am meisten unsere Politik des Kampfes um den Frieden schätzt, der sich wie ein roter Faden durch alle Angelegenheiten zieht.

Ich erhalte viele Briefe von Arbeitern, Angestellten, Rentnern, die zum Teil in Form von Gedichten geschrieben sind. Wenn man sie liest, ist man zutiefst gerührt. All diese Schreiben sind der Sache des Friedens gewidmet. In unserem Volk sind die Grausamkeiten des zweiten Weltkrieges noch lebendig. Das läßt sich nicht so schnell vergessen. In meiner Wahlrede habe ich auch darüber gesprochen. In diesen Fragen bin ich selbst sehr emotional. Das hängt vielleicht damit zusammen, daß ich als Freiwilliger an die Front gegangen bin, den ganzen Krieg mitgemacht und sehr viel gesehen habe. In Filmen und anderen künstlerischen Werken wird der Kampf des Volkes gegen den Faschismus sehr gut dargestellt. Deshalb habe ich in meiner Rede etwas dazu gesagt.

In meinen politischen Reden und in der praktischen Arbeit zu Fragen der Außenpolitik setze ich die Fragen der Zusammenarbeit unserer Staatengemeinschaft immer an die erste Stelle, und das nicht nur auf den Tagungen des Politischen Beratenden Ausschusses oder bei den Krimtreffen. Diese Fragen nehmen den bestimmenden

Platz in der Arbeit des Politbüros und des Sekretariats ein. Auch künftig werden wir alles daran setzen, um diese Seite unserer Beziehungen, den großen Reichtum, den wir seit der Zerschlagung des Faschismus geschaffen haben, zu entwickeln.

Das Leben und die Tatsachen veranlassen uns, folgendes zu sagen: In unserer brüderlichen Gemeinschaft spielen die DDR und die SED eine besondere Rolle. Sie nehmen einen besonderen Platz ein. Du selbst, Erich, das Politbüro und das Volk der DDR wissen genau, welche Anstrengungen wir seit Jahren unternommen haben, um in der Auseinandersetzung mit unseren Gegnern dies zu erreichen. Gegenüber der DDR wurden alle Mittel des Kampfes angewandt, es gab Morde, Zusammenstöße, Provokationen, und wir bauten die Mauer. Jetzt besteht eine andere Lage. Das spricht mehr als alle Worte für die Richtigkeit unserer Politik und für unsere Beziehungen zu Euch. Es wurde nicht nur all das erhalten, was von Ernst Thälmann und Wilhelm Pieck überliefert wurde, sondern unter Deiner Führung wird diese Entwicklung fortgesetzt. Ihr habt gute Ergebnisse auch auf ökonomischen Gebiet erzielt. Jedes Land möchte verständlicherweise so schnell wie möglich vorankommen. Alle wollen mehr Lieferungen bekommen. Wenn man die heutigen Ziffern mit denen der Vergangenheit vergleicht, stellt man ein kolossales Wachstum fest.

Ich bin mit der Arbeit des RGW nicht immer zufrieden. Manchmal bin ich auch sehr scharf. Aber insgesamt wird wirklich sehr vieles geleistet. Es stehen ständig neue Aufgaben vor uns. Bei der Lösung unserer politischen Aufgaben erreichten wir in den letzten 10 Jahren eine weitere Festigung unserer Positionen.

Ausgehend von der Einheit unserer Auffassungen handeln wir in geeinter Front. Wir erreichten die Anerkennung der Grenzen, die internationale Anerkennung der DDR und vieles mehr. Wir sind auch in den Fragen der europäischen Sicherheit, die von uns auf die Tagesordnung gesetzt wurde, weiter vorgekommen. Es hat sich ein neuer Prozeß nicht nur in Europa, sondern im gesamten internationalen Klima vollzogen. Unsere globale Politik reicht weit in die Zukunft. Wenn wir die Europäische Sicherheitskonferenz erfolgreich bis zu Ende führen, hat das nicht nur allgemeine politische Auswirkungen, sondern wir gewinnen mächtige Verbündete in Gestalt der Völker. Wir müssen auf lange Sicht den internationalen Frieden sichern. Ohne ihn ist kein sozialistischer und kommunistischer Aufbau denkbar. Unsere Politik müssen wir diesem Ziel unterordnen. Dabei müssen wir taktisch klug und flexibel auftreten. Der Kampf um die internationale Entspannung ist zugleich ein sehr angespanntes Ringen. Solche kapitalistischen Staaten wie Frankreich, Großbritannien und die BRD versuchen, soviel wie möglich für sich herauszuschlagen. Wir wollen jedoch gleichberechtigte Beziehungen. Dieser Prozeß ist also sehr kompliziert, man kann ihn nicht gewaltsam durchsetzen, sondern nur durch eigene, ehrliche Politik. Unter uns gesagt, wir haben uns nicht auf einen bestimmten Termin für die Europäische Sicherheitskonferenz festgelegt. Es wäre aber gefährlich, wenn dort wie im Völkerbund ununterbrochen beraten und nichts entschieden würde. Dann würden wir an Ansehen und Einfluß verlieren. Die Europäische Sicherheitskonferenz ist nicht nur eine Angelegenheit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, sondern aller Bruderparteien der sozia-

listischen Gemeinschaft. Bisher handeln wir, von entgegengesetzten Aktivitäten der rumänischen Genossen abgesehen, gemeinsam, und das ist gut so. Selbst die BRD, Nixon und Giscard d'Estaing sind nicht gegen die Durchführung der Endphase auf höchster Ebene, wenn entsprechende Dokumente vorliegen. Die Rumänen widersetzen sich dem. Unter uns gesagt, es wird die Zeit kommen, da wir Ceausescu die Wahrheit ins Gesicht sagen müssen. Wir werden ihn fragen: Wohin gehst du? Entweder mit uns oder du treibst ein gefährliches Spiel. Gegenwärtig zeigen wir große Geduld und ringen um die Rumänen. Unter der Last seiner eigenen Fehler könnte Ceausescu klüger werden. Gegenwärtig gibt es jedoch dafür keinerlei sichere Anzeichen.

In diesem Jahr waren viele Gäste in der Sowjetunion, und es gibt noch viele Wünsche. Das Treffen mit Nixon wird sehr ernst und wichtig sein. Es wird nicht sehr leicht verlaufen, obwohl das erste und das zweite Treffen auch nicht leicht waren. Auf ihnen wurden jedoch wichtige Dokumente angenommen, in denen die Interessen unserer Gemeinschaft verteidigt wurden. Für uns als Sowjetunion ist es möglich, mehr auszuhalten als z.B. für Polen, die DDR, Bulgarien oder andere Länder. Wir sind ein großes Volk, haben eine sichere materielle Basis und besitzen starke Waffen. Unser Volk ist gewöhnt, harte Prüfungen zu ertragen.

Bei der jetzigen Fortsetzung der Gespräche mit Nixon geht es um das notwendige Minimum bei der Weiterentwicklung und Festigung der gegenseitigen Beziehungen. Einiges werden wir erreichen können. Am schärfsten steht die Frage der Begrenzung der

strategischen Waffen. In der US-Pressen wird behauptet, Nixon habe der Sowjetunion zu große Zugeständnisse gemacht. Das ist Demagogie. Sie wird besonders von Schlesinger, Senator Jackson und anderen Reaktionären betrieben. In bestimmtem Maße haben diese Leute Nixon entkräftet. Sie machen einen großen Rummel um Watergate. Man wundert sich, wie Nixon das alles durchhält. (E. Honecker: Nixon kämpft!) Das ist psychologisch und moralisch schwer zu ertragen. Offenbar ist bei Nixon die notwendige innere Kraft vorhanden. Wir wollen diesen Faktor nicht ausnutzen, aber man muß die Schwäche Nixons berücksichtigen. Für ihn ist die Frage wichtig, mit welchen Ergebnissen er von seiner Reise zurückkommt. Hierin sehe ich gewisse Schwierigkeiten, obwohl ich selbst in solchen Situationen den Optimismus nicht verliere. Ich werde mich noch umfassend auf die Begegnung mit Nixon vorbereiten. Es ist ganz gleich, in welche Gebiete der Sowjetunion Nixon bei seinem Besuch fährt. Das Wichtigste ist das, was in Moskau passiert, welche Vereinbarungen wir treffen. Nixon konnte einige Verpflichtungen uns gegenüber nicht erfüllen, z.B. die Gewährung der Meistbegünstigung. Das ist ihm selbst unangenehm. Wir stellen auch die Frage der unterirdischen Kernwaffentests, der Umweltgefährdung durch militärische Maßnahmen, Fragen der weiteren wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit mit den USA. Auch in bezug auf den Nahen Osten werden wir wiederum unsere Positionen fixieren. Nixon kann nicht umhin, in dem Gemeinsamen Kommuniqué mit Sadat festzustellen, daß die Resolution 242 verwirklicht und die Lösung des Nahost-Konflikts auf der Genfer Friedenskonferenz erfolgen muß, d.h. auf der

Grundlage jener Prinzipien, die von uns seit dem Oktoberkrieg vertreten werden. Das muß man jetzt festigen. In unseren Beziehungen zu den Arabern gehen wir davon aus, daß wir es nicht nötig haben, uns mit ihnen zu streiten. Wir haben ihnen immer Hilfe gewährt. Sadat schrieb einen Brief an mich, den ich beantwortet habe. Er spricht von einem Treffen mit mir, das aber gut vorbereitet werden müsse. Sadat bittet um weitere militärische Hilfe. Das ist ein ewiges Thema. Nach dem Besuch der Amerikaner werden wir sehen, wie die Dinge stehen.

Wir haben auch Indira Gandhi und Frau Bandaranaike eingeladen. Der Präsident Pakistans, Bhutto, möchte ebenfalls kommen. Es liegt eine Einladung des ZK der Italienischen Kommunistischen Partei und des italienischen Präsidenten zum Besuch in Italien vor. Ich soll nach Italien fahren. Dazu gibt es noch keinen Beschluß des Politbüros. Ich war in Bonn, auch in Frankreich, aber noch nicht in Italien. Dort müßte man etwas anschieben. Die Kommunistische Partei Italiens hat bei dem jüngsten Referendum Erfolge erzielt.

Die gegenwärtige Situation ist einerseits sehr kompliziert, Pompidou ist gestorben, Brandt ist zurückgetreten. Man muß sich alles genau ansehen. Nicht alles wird so glatt gehen, wie es zuweilen schien. In England ist die Lage ebenfalls nicht stabil. In dieser Situation können mit einer neuen Führung auch neue Elemente in der Politik entstehen, obwohl Schmidt und Giscard d'Estaing die Fortsetzung ihrer Politik gegenüber den

sozialistischen Ländern versprochen haben. Das müssen wir berücksichtigen. Ihre Erklärungen können wir nur nach gründlicher Überprüfung ihrer Handlungen ernst nehmen. Ich habe über das MID eine Botschaft an Schmidt gerichtet. Er hat positiv reagiert, aber mitgeteilt, er sei noch nicht mit allen Details vertraut. Er will die Sowjetunion besuchen, verheimlicht aber nicht, daß er vorher nach Frankreich und den USA reisen müsse. Nixon hat vor seiner Reise in die Sowjetunion ein Treffen in Westeuropa. Das wird möglicherweise Schmidt von der USA-Reise befreien. Soweit also meine Überlegungen entsprechend den jetzt vorliegenden Meldungen. Das ist jener Kreis von Fragen, mit dem wir uns jetzt befassen. Genosse Podgorny fährt nach Somalia. Unsere polnischen Freunde haben mich zum 30. Jahrestag der Befreiung eingeladen.

Ich habe mich mit den Hauptziffern der Entwicklung der DDR vertraut gemacht. Es gibt sehr viel Positives, zwar auch manche Schwierigkeiten, aber sie sind nicht das Bestimmende. Die Versorgung der Bevölkerung ist nicht abgefallen, sondern vorangegangen. Die Industrie der DDR wächst. Wann die Höchstgrenze erreicht sein wird, weiß ich nicht. Wir erhöhen unser Wachstum von Fünfjahrplan zu Fünfjahrplan. Manchmal ächzt es im Gebälk, und wir rufen um Hilfe. Aber es geht voran. Wir gehen nicht unter. Wir haben Verständnis für eure Wünsche in bezug auf die Lieferung von Metallen und anderen wichtigen Materialien. Es gibt vieles, was wir nicht geliefert haben. Ich habe auch die Frage der Erntekombi E 516 aufgeworfen. Ich habe tüchtig geschimpft, daß die Auswertung so langsam geht. Die Kombi hat mir sehr gut gefallen.

Leider ist sie zur Ernte im vergangenen Jahr etwas zu spät eingetroffen, und sie konnte nur noch einige Stunden arbeiten.

Jetzt sind die Genossen Kossygin, Katuschew u.a. zur Jubiläumstagung des RGW in Sofia. Dort wird man sich über ein neues Herangehen an die Fragen der ökonomischen Zusammenarbeit unterhalten. Ob wir es wollen oder nicht, im Außenhandel vollzieht sich ein verrückter Prozeß. In vielen kapitalistischen Ländern steigen die inneren Preise, es steigen die Preise für Gas, Erdöl und andere Rohstoffe. Hier muß man gegenseitig annehmbare Lösungen finden. Die Prozesse in der Weltwirtschaft berühren in bestimmtem Maße uns alle.

Wir gehen gewissenhaft und gründlich an diese Fragen heran. Nach meiner Meinung können und müssen sie bei einem Treffen auf höchster Ebene, an dem die Generalsekretäre der Zentralkomitees und die Ministerpräsidenten teilnehmen, geklärt werden. Es ist aber noch zu früh, sich über diese Fragen zu beunruhigen. Uns bewegt eine andere Frage: Wie sollen wir unsere Verpflichtungen gegenüber den sozialistischen Ländern in bezug auf die Lieferung von Erdöl, Erdgas u.a. erfüllen. Das ist keine einfache Frage.

Die Wissenschaft bereichert unsere Heimat ständig mit neuen Entdeckungen wichtiger Rohstoffe. Wir holen Erdgas über weite Entfernungen heran. Das ist eine gewaltige Arbeit. Bulgarien, die DDR, Polen, die CSSR - alle leisten eine große Arbeit beim

Bau der Erdölleitung. Als wir unsere erste Erdölleitung "Freundschaft" bauten, wußten wir noch nicht, daß sie im Vergleich mit den jetzigen Maßstäben wie eine Mücke anmutet. Mit den neuen Erdölleitungen machen wir einen ganzen Sprung nach vorn. Durch sie wird auch der Bedarf der DDR gedeckt. Unsere Verpflichtungen gegenüber den sozialistischen Ländern belaufen sich gegenwärtig auf 97 Mio to jährlich. Das wird weiter anwachsen, und wir können nicht daran vorbeigehen. Vielleicht gehen wir auch an die Araber nicht richtig heran. Die Imperialisten finden einen Weg zu ihnen. Ich will hier niemanden Vorwürfe machen, aber man muß über jedes Problem gründlicher nachdenken.

Meine Meinung und die Meinung des Politbüros zur weiteren Entwicklung der Integration zwischen den sozialistischen Ländern besagt, daß dies ein immer wichtigeres Element ist. Wir müssen immer weitergehende Grundlagen für die Entwicklung der Kooperation und Arbeitsteilung finden. Jetzt arbeiten wir unsere Pläne für den Zeitraum von 1975 - 1980 aus. Auf dem XXIV. Parteitag werden wir die Perspektiven bis 1990 umreißen. Sicher wird es in der Praxis gewisse Abweichungen von den vorgegebenen Kennziffern geben. Insgesamt wird unsere Entwicklung mit der weiteren Perspektive der Entwicklung der sozialistischen Länder in allen grundlegenden Positionen verbunden sein. Dies ist das allgemeine Bild.

Die große Frage sind nicht so sehr unsere gegenseitigen Beziehungen. Sie sind gut und brüderlich. Die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD sind eine sehr delikate politische Frage. Das Wichtigste ist getan. Ich möchte nichts wiederholen.

Die DDR hat jetzt sehr viele Botschaften in Berlin, für die sie Häuser beschaffen muß und die sie verpflegen muß. Früher hat man in Berlin ruhiger gelebt. Alles das ist sehr erfreulich. Jetzt muß man sehen, wie man die Beziehungen mit der BRD gestalten will. Natürlich gebe ich dem Politbüro der SED und Dir, Erich, persönlich den Vorrang bei der Einschätzung der Lage in der BRD. Ihr seid näher dran, und für euch spielt das eine wichtigere Rolle. Wir übersehen nicht, daß die nationale Frage, die proletarische Frage, die soziale Frage, der Kampf für den Sozialismus und gegen den Imperialismus hier hineinspielen. Hier verpflichtet sich alles. Das ist für mich offensichtlich. Die ganze Frage ist von der Entwicklung unserer sozialistischen Staatengemeinschaft, von der gemeinsamen Politik, vom Verlauf der Entwicklung in Europa, vom Verlauf und den Ergebnissen der Europäischen Sicherheitskonferenz nicht zu trennen. Das ist ein gemeinsamer kollektiver Prozeß. Wir haben darüber zweimal kollektiv diskutiert, in Prag und in Warschau. Unsere Vorschläge haben wir kollektiv ausgearbeitet. Unsere Minister sind in Helsinki entsprechend der gemeinsamen Linie aufgetreten. Jeder Schritt in dieser Frage muß sehr sorgfältig abgewogen werden. Ich beziehe mich, Erich, auch auf Deine Worte in Warschau.

Sie haben eine große Bedeutung. Dort hast Du eine gute Rede gehalten. Bei unserer Analyse über den Rücktritt von Brandt fiel mir immer wieder der von Dir in Warschau formulierte Satz ein, daß es besser ist, die Verträge mit denen durchzuführen, die sie unterschrieben haben. Dein Gedanke hat mich beeindruckt, und er war richtig. Welches auch immer die Ursachen für den Rücktritt von Brandt sein mögen, objektiv gesehen muß man ihm Tribut zollen. 30 Jahre lang haben wir gekämpft, um unsere politischen Ziele in Europa durchzusetzen. Dieser Mensch hat es riskiert, eine solche Ostpolitik zu betreiben. Haben wir dabei verloren? Nein. Die sozialistischen Länder und in erster Linie die DDR haben dabei gewonnen. Gewonnen hat unsere Politik, die Politik der DDR. Die Prinzipien der Nichteinmischung, der Unantastbarkeit der Grenzen, der Anerkennung der DDR war immer unsere Politik. Dies wurde nicht etwa erreicht, weil Brandt da war, sondern weil es unsere Politik war und ist. Aber man darf seine Rolle dabei nicht unterschätzen.

Man muß die positiven und die negativen Seiten der jetzigen Entwicklung richtig einschätzen. Welche Position Helmut Schmidt einnehmen wird, wissen wir noch nicht. Ich beobachte und warte ab. Die oppositionellen Kräfte in der BRD wollen aus dem Kanzlerwechsel in der BRD auch für sich einiges heraus holen. Die Chinesen haben die Vertreter der Opposition eingeladen. Sie werden sie gegen uns aufhetzen. Ein gewisser Prozeß des Kampfes zwischen der SPD und der CDU wird kommen. Er wird angeheizt werden, insbesondere weil Wahlen herannahen.

Bis zu den Wahlen 1976 sind noch knapp zwei Jahre. Der Wahlkampf wird sich entfalten. Es ist schwer, vorher zu sagen, was dabei herauskommt. Uns ist aber nicht gleichgültig, ob Strauß, Kohl oder andere rechte Kräfte an die Regierung kommen.

Genosse Breschnew erkundigte sich sodann, inwieweit und in welcher Form die von Erich Honecker der Bonner Regierung intern unterbreiteten Gedanken zum weiteren Ausbau der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD zwischen beiden Seiten erörtert werden. Er nannte dabei solche Fragen wie die Ausbeute von Erdgas und Braunkohle, den Bau einer Abzweigung von der Autobahn Berlin-Rostock nach Hamburg, die Lieferung von Elektrizität nach Berlin-West, Fragen der ökonomischen Beziehungen zwischen der DDR und der BRD sowie ihres Auftretens gegenüber Drittländern, Fragen der Zahlungsverpflichtungen der DDR sowie der Familienzusammenführung.

Gleichzeitig erkundigte sich Genosse Breschnew nach den Ergebnissen der Gespräche zwischen Genossen Honecker mit den Genossen Edward Gierek.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs berührte Genosse L.I. Breschnew die Frage der vorgesehenen Änderungen und Ergänzungen zur Verfassung der DDR. Genosse Breschnew informierte Genossen Honecker darüber, daß die Frage der Einladung einer offiziellen Partei- und Regierungsdelegation der DDR in die UdSSR und die damit

in Zusammenhang stehende Unterzeichnung eines Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand hundertprozentig positiv entschieden wurde. Er erklärte, daß Ende 1974, Anfang 1975 dafür als geeigneter Zeitpunkt erscheine. Dies wäre ein neuer Höhepunkt nach der Teilnahme der sowjetischen Delegation an den Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der DDR. Genosse Breschnew ergänzte, daß in dem Vertrag alle neuen politischen Elemente, die seit dem Abschluß des jetzt gültigen Vertrages vor 10 Jahren eingetreten sind, enthalten sein werden. In bezug auf die BRD wird der Vertrag härter sein, obwohl er in der Form weich gehalten wird. Es werden neue Worte auftauchen. Der Vertrag wird den Schlußstrich unter eine ganze Entwicklung ziehen.

Genosse Breschnew nahm mit herzlichem Dank die Einladung zur Teilnahme an den Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der DDR an. Er war tief bewegt, als ihn Genosse Honecker von dem vorgesehenen Beschluß des ZK der SED, des Staatsrates und des Ministerrates der DDR in Kenntnis setzte, den Generalsekretär des ZK der KPdSU anlässlich des 25. Jahrestages der DDR mit dem Karl-Marx-Orden auszuzeichnen.

Ausführungen des Genossen Erich Honecker

Ich danke recht herzlich für Deine Darlegungen zur Innen- und Außenpolitik der KPdSU und zu unseren zweiseitigen Beziehungen. Unser Politbüro schätzt die Arbeit des ZK der KPdSU, des Obersten Sowjets und des Ministerrates der UdSSR bei der Durchführung der Beschlüsse des XXIV. Parteitag und bei der Verwirklichung seines Friedensprogramms sehr hoch ein.

Ich möchte nicht versäumen, im Namen des Politbüros unsere herzlichsten Glückwünsche zum hervorragenden Verlauf und zu den sehr guten Ergebnissen der Wahlen zum Obersten Sowjet auszusprechen. Nicht nur unsere Partei sondern das ganze Volk der DDR konnten auf Grund der Berichterstattung in unseren Massenmedien die Wahlen und das Auftreten der führenden Persönlichkeiten der KPdSU sowie Dein persönliches Auftreten im Krenlpalast genau verfolgen. Im Namen des Politbüros möchte ich sagen, daß wir Dein Auftreten hoch einschätzen und inhaltlich voll und ganz mit ihm einverstanden sind. Deine Rede hat einen großen Gehalt, insbesondere was die Probleme beim sozialistischen und kommunistischen Aufbau betrifft. Du hast auch für uns gesprochen. Deine Darlegungen zu den außenpolitischen Problemen unterstreiche ich völlig. Wir sind bemüht, die Arbeit auf gleicher Linie zu entwickeln.

Die innere Entwicklung der DDR kann nicht losgelöst von den außenpolitischen Problemen betrachtet werden. Von unserem sehr engen und herzlichen Bündnis mit der KPdSU und dem Volk der UdSSR, von der festen Zugehörigkeit der DDR zur sozialistischen Staatengemeinschaft.

In der DDR vollzieht sich ein großer Aufschwung auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. Selbst bei Beachtung der Schwierigkeiten und komplizierten Lage nehmen Industrie und Landwirtschaft eine gute Entwicklung. Der Volkswirtschaftsplan 1971 - 1975 wird erfüllt und übererfüllt. Die sozialen Fragen werden schrittweise gelöst. Wir erfüllen unser Wohnungsbauprogramm. Seit dem VIII. Parteitag konnten 1 Mio Bürger neue Wohnungen erhalten. (Genosse Honecker führte Zahlen und Beispiele zur Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes der DDR an).

Die Kommunalwahlen am 19. Mai waren ein großer Erfolg. Die Wahlbeteiligung war sehr hoch. Um 15.00 Uhr hatten bereits mehr als 84 % der Wähler ihre Stimme abgegeben. Die Wahlen waren ein großes Bekenntnis zur Politik der Partei im 25. Jahr des Bestehens der DDR. Es herrschte eine ausgezeichnete Atmosphäre. Viele ausländische Korrespondenten besuchten die Wahllokale, interviewten unsere Menschen und wußten nichts Negatives zu berichten. Der sozialdemokratische "Vorwärts" mußte berichten, daß der Wähler einen Einfluß darauf hat, wer in der DDR ins Parlament oder in andere Volksvertretungen gewählt wird.

Wir sehen also immer den Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Volkswirtschaft, der Verwirklichung des Sozialprogramms, der Außenpolitik, unserem Bündnis mit der Sowjetunion und ihrer Friedenspolitik sowie der internationalen Anerkennung der DDR. Es wurde im Ergebnis all dessen eine arbeitsame, aber sehr angenehme Atmosphäre geschaffen.

Genosse Honecker informierte über den erfolgreichen Verlauf des Kongresses der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, der die Auszeichnung mit dem Orden der Völkerfreundschaft mit großer Begeisterung aufnahm. Er unterstrich die positiven Ergebnisse der Kongresse des DRSB, einiger Künstlerverbände und in der engen Zusammenarbeit zwischen der SED und den Blockparteien.

Genosse Honecker ging auf die Vorbereitung des 25. Jahrestages der DDR ein und informierte über die großen Initiativen der Arbeiterklasse und aller werktätigen Schichten zur Erfüllung und Übererfüllung des Planes, über den erfolgreichen Verlauf des Wettbewerbs und die dabei erzielten Ergebnisse. Er betonte, daß es das Ziel der Gegenplanbewegung ist, die Arbeitsproduktivität um 1 Prozent über den Plan zu steigern und daß dies bereits von vielen Betrieben erreicht wurde. Auf diesem Gebiet entwickeln die Gewerkschaften eine große Aktivität.

Genosse Honecker sagte, daß 25 Jahre DDR die fruchtbaren Ergebnisse der Kampfgemeinschaft zwischen der KPdSU und der SED, der UdSSR und der DDR über viele Jahrzehnte besonders deutlich machen.

Der Jahrestag wird im Zeichen des großen Dankes an die KPdSU und die UdSSR, des Gedenkens an die 20 Millionen sowjetischer Menschen stehen, die im Kampf gegen den Hitlerfaschismus gefallen sind.

Genosse Honecker informierte über das Bestreben der DDR, zur Lösung der auf der RGW-Tagung in Sofia behandelten Fragen aktiv beizutragen und teilte mit, daß wir eine Tagung der Länder des RGW auf höchster Ebene voll unterstützen.

Dann ging Genosse Honecker auf die Aufgaben des bevorstehenden Plenums des ZK der SED ein. Das Plenum wird eine Zwischenbilanz über die Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages in Verbindung mit der Vorbereitung auf den 25. Jahrestag ziehen und entsprechende Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit der Partei ableiten. Der Meinungsaustausch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU wird die Arbeit des Plenums des ZK der SED stark befruchten. Auf dem Plenum wird ferner der Gesetzentwurf zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der DDR behandelt werden. Bei diesem Gesetz werden wir uns auf die Artikel der Verfassung stützen, die Veränderungen und Ergänzungen ermöglichen.

In diesem Zusammenhang ging Genosse Honecker ausführlich auf die Gründe ein, die uns veranlassen, die Frage der Verfassungsergänzung und -änderung zügig in Angriff zu nehmen. Die Verfassungsänderung ist vom Standpunkt der Entwicklung des Bewußtseins der Bürger der DDR, insbesondere der Jugend erforderlich.

Die jetzige Verfassung steht in Widerspruch zur Entwicklung der DDR und den Beschlüssen des VIII. Parteitages. Sie widerspiegelt nicht die neue Realität der gesellschaftlichen Entwicklung der DDR. Auch die befreundeten Parteien in der DDR haben wiederholt die Frage der notwendigen Abänderung der Verfassung aufgeworfen. Die Verfassung muß auch in Übereinstimmung mit der neuen internationalen Stellung der DDR, die fest in der sozialistischen Staatengemeinschaft verankert ist und die mit 108 Staaten diplomatische Beziehungen unterhält, gebracht werden. Er betonte, daß die Gegner der DDR die bestehende Verfassung gegen uns ausnutzen und uns Verfassungsbruch vorwerfen. Die Verfassungsänderung wird die Positionen der DDR und des Sozialismus stärken und uns helfen, der nationalistischen Propaganda seitens der BRD entgegenzutreten. Seitens der BRD kann eine solche Maßnahme nicht als belastend angesehen werden, zumal es sich um eine innere Angelegenheit der DDR handelt. Er bekräftigte in diesem Zusammenhang erneut die prinzipielle Linie von Partei- und Regierung der DDR zur Durchführung des gemeinsamen außenpolitischen Kurses.

Sodann ging Genosse Honecker auf einige Fragen der Entwicklung in der BRD, insbesondere im Zusammenhang mit dem Kanzlerwechsel ein. Er informierte über unsere Einschätzung zur gegenwärtigen Lage in der BRD. Genosse Honecker führte unter anderem aus: Nach den Wahlen in Niedersachsen kann man annehmen, daß sich der Trend zu Gunsten der sozial-liberalen Koalition verändert.

Helmut Schmidt setzt stärkere Akzente auf die Festigung des Bündnisses mit den USA und auf die Stärkung der NATO.

Die SPD hofft, mit Hilfe der Autorität Helmut Schmidts ihre Positionen in der BRD wieder festigen und ausbauen zu können. Schmidts Regierungsantritt wurde von der westdeutschen Industrie auf das wärmste begrüßt. Er hat bekanntlich unmittelbare Beziehungen zur Großindustrie der BRD. In seiner Regierungserklärung sagte Schmidt gleichzeitig, daß er die bisherige Politik gegenüber den Warschauer Pakt-Staaten fortsetzen werde. Natürlich kann man den Wahrheitsgehalt dieser Erklärung nur an seinen Taten prüfen. Wir können selbstverständlich für Helmut Schmidt nicht die Hand ins Feuer legen. Wenn Schmidt mit Nixon zusammentrifft, kann es sein, daß er dann auch schneller nach Moskau kommt. Unsere Haltung zur SPD und zu Helmut Schmidt wird von der gemeinsamen Linie bestimmt, wie sie in Warschau festgelegt wurde. Es ist möglich, daß die SPD/FDP-Koalition die nächsten Bundestagswahlen 1976 gewinnt. Die Aussichten können schlecht stehen, wenn sich die Krise in den kapitalistischen Ländern und damit auch in der BRD weiter zuspitzt. Der Vorsitzende der DKP, Genosse Herbert Mies, sagte mir, daß in der BRD die Menschen vor allem über Preissteigerungen, die Inflation und zunehmende Arbeitslosigkeit diskutieren. Die große Politik interessiert in diesem Falle die Arbeiter bei weitem nicht so sehr, wie der soziale Besitzstand. Wenn es Schmidt gelingt, eine Vereinbarung zwischen der Regierung, den Unternehmern und den Gewerkschaften herbeizuführen, dann kann auch ein Sieg bei den nächsten Wahlen gelingen. Wenn dies nicht gelingt, kann die Talfahrt weitergehen.

Bei den Wahlen in Niedersachsen haben mehrere SPD-Wahlkampfleiter übereinstimmend im Fernsehen der BRD erklärt, daß es nach dem Kanzlerwechsel in Bonn mit der SPD wieder bergauf geht. Es gibt eine solche Stimmung in der BRD, daß unter Leitung von Helmut Schmidt die Dinge besser vorangehen. Wir werden weiterhin bemüht sein, intensiv mit einigen westdeutschen Politikern, wie Schmidt, Wehner, Brandt, Mischnik und andere zu arbeiten.

Die Lage bei den Freien Demokraten hat sich auch etwas verändert, da Genscher nach rechts zieht. Mischnik jedoch, der positivere Ansätze in seiner politischen Haltung zeigt, hält die Fraktion in der Hand. Zwischen Wehner und Mischnik bestehen gute Kontakte. Beide wollen gemeinsam die nächste Schlacht schlagen.

Wichtig ist, daß sich in der BRD die innenpolitische Lage verändert; davon wird die Fortsetzung des positiven Trends der SPD/FDP-Koalition abhängen.

Genosse Honecker informierte Genossen Breschnew, daß es auch seitens der Opposition in der BRD Bemühungen gibt, Kontakte zu ihm herzustellen. Darauf sind wir nicht eingegangen.

Genosse Honecker behandelte einige Fragen der langfristigen Gestaltung der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen zur Sowjetunion. Er erläuterte eine Reihe von Schwerpunkten auf dem Gebiet der chemischen Industrie, bei denen die gemeinsame Forschung und Entwicklung zu erstklassigen Ergebnissen geführt hat und betonte, daß es jetzt notwendig sei,

die gemeinsamen Projekte im großen Maßstab im Rahmen der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung zu realisieren. Genosse Honecker brachte die Entschlossenheit der DDR zum Ausdruck, alle im Protokoll der Genossen Kossygin und Sindermann enthaltenen gemeinsamen Vorhaben konsequent zu realisieren.

Genosse Honecker unterbreitete den Vorschlag, daß die Genossen Tichonow und Schürer den Politbüros der KPdSU und der SED zum 25. Jahrestag der DDR Bericht über die Ergebnisse der Arbeit der Gemeinsamen Regierungskommission erstatten.

Genosse Honecker bekräftigte die konstruktive Haltung der Partei und Regierung zur erfolgreichen Beendigung der Europäischen Sicherheitskonferenz und informierte in diesem Zusammenhang über die umfangreichen Kontakte des Politbüros der SED mit den Führungen sozialistischer Parteien in kapitalistischen Ländern. Diese Kontakte würden ebenfalls genutzt, um die Verhandlungen in Genf schneller voranzubringen.

Erich Honecker betonte, daß Partei und Regierung der DDR dem bevorstehenden Treffen zwischen Genossen Breschnew und Präsident Nixon eine große Bedeutung beimessen und dieses Treffen voll unterstützen.

Zur weiteren Gestaltung der Beziehungen der DDR zur BRD führte Genosse Honecker aus: Die von uns unterbreiteten Anregungen waren zunächst als Hilfe für Brandt bei den Wahlen in Niedersachsen gedacht. Dazu kam es durch den Rücktritt von Brandt

jedoch nicht mehr. Später wurden diese Gedanken dem neuen Bonner Regierungschef unterbreitet. Unsere Reaktion auf die Regierungserklärung von Helmut Schmidt war positiv. Wir waren und sind bestrebt, Schroffheiten in den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD zu vermeiden. Unsere Vorschläge wurden Schmidt unterbreitet, um ihn näher an uns heranzubringen, um die Initiative der Sowjetunion in den Beziehungen zur BRD zu unterstützen und auch das beabsichtigte Treffen mit dem neuen Bundeskanzler.

Vorgestern hat Helmut Schmidt vorgeschlagen, mit uns intern einige Punkte auf ökonomischem Gebiet zu besprechen, die dann später offiziell behandelt werden können. Schmidt hat auch den Termin der Akkreditierung unseres Ständigen Vertreters beim BRD-Präsidenten und des Vertreters der BRD beim Vorsitzenden des Staatsrates der DDR am 20. Juni dieses Jahres eingehalten. Es ist also gelungen, die Dinge weiter zu entwickeln und eine entsprechende Atmosphäre zu schaffen.

Die von uns unterbreiteten konkreten Anregungen stehen im engen Zusammenhang mit unserer gemeinsamen Vereinbarung über die Koordinierung unserer ökonomischen Beziehungen zur BRD. Es gibt bekanntlich den internen Beschluß des Politbüros des ZK der KPdSU und des Politbüros des ZK der SED über eine interne Kommission unter Leitung der Genossen Tichonow und Schüßer zur Koordinierung des Außenhandels der Sowjetunion und der DDR mit der BRD. In den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD wird es keine Frage von Bedeutung geben, die nicht zwischen der SED

und der KPdSU abgestimmt wird.

Das Problem der Zusammenarbeit bei Braunkohle und Erdgas tauchte im Zusammenhang mit der Grenzmarkierung zwischen der DDR und der BRD auf. Es resultiert daraus, daß beim Braunkohleabbau im Gebiet von Harbke im unmittelbaren Grenzbereich Klarheit darüber geschaffen wird, wie beide Seiten ihre Braunkohle abbauen. Bei den Erdgaslagerstätten in Salzwedel handelt es sich darum, daß die BRD-Seite befürchtet, daß die DDR aus dem Gebiet der BRD Erdgas abzieht. In diesem Zusammenhang wird gegenwärtig über einige technische Probleme der Erdgasförderung im Grenzbereich diskutiert.

In bezug auf die Abzweigung der Autobahn in Richtung Hamburg ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Wir haben bisher lediglich die Prüfung dieser Frage zugesagt. Es handelt sich um ca. 100 km Autobahn, die unter Umständen von der Autobahn Berlin-Rostock abgezweigt werden. Die BRD müßte in diesem Falle den Bau der Abzweigung und Zuführung bezahlen.

Für uns gibt es ein gewisses Interesse im Zusammenhang mit der Sicherung einer zuverlässigen Kontrolle über den Transitverkehr zwischen Westberlin und der BRD über das Territorium der DDR. Bisher benutzen die Westberliner und BRD-Fahrzeuge die normale Chaussee. Sie können in jeder Ortschaft halten und eine effektive Kontrolle ist sehr schwer. Außerdem entstehen auf dieser normalen Landstraße ernsthafte Verkehrsprobleme durch die Überlastung mit dem Transitverkehr. Wenn die BRD nicht für die Kosten aufkommt, wird es keine Abzweigung geben.

Auch die Frage der Lieferung von Elektroenergie nach Berlin-West ist völlig offen. Unsere Wirtschaftsexperten haben ausgerechnet, daß die Verwendung der möglicherweise zu liefernden 300 MW in der eigenen Industrie uns eine zusätzliche Warenproduktion von 4,5 Mrd. Mark ermöglichen würde. Das wäre viel rentabler als der Verlauf von Elektroenergie nach Westberlin. Die Frage der Energielieferung steht auch im engen Zusammenhang mit den von sowjetischer Seite aufgeworfenen Überlegungen zur Errichtung eines Atomkraftwerkes, dessen Standort noch nicht definiert wurde, das u.a. Elektroenergie für die BRD und Berlin-West produzieren soll. Man muß diese Frage auch im Zusammenhang mit dem Bestreben der polnischen Seite sehen, Elektroenergie an die Bundesrepublik und Westberlin zu liefern. Die polnischen Genossen haben mit Vertretern der BRD darüber verhandelt, ohne zu berücksichtigen, daß die Leitungen über das Territorium der DDR gehen, und daß eine solche Vereinbarung nur möglich ist auf gleichberechtigter Grundlage zwischen der VR Polen, der DDR und der Regierung der BRD bzw. dem Westberliner Senat. Dabei gehen wir besonders auch davon aus, daß dies überhaupt nur nach entsprechender Abstimmung mit den sowjetischen Genossen in Betracht gezogen werden kann. Über dieses Problem wurde auf Grund unseres Vorschlages hier in Moskau eine dreiseitige Abstimmung vorgenommen.

In den Fragen der Familienzusammenführung handeln wir sehr restriktiv. Dafür trage ich die unmittelbare Verantwortung, und

Die Genehmigung von Ausreisen aus der DDR ist nur mit meiner Unterschrift möglich. Es handelt sich um eine streng kontrollierte Angelegenheit, die wir hauptsächlich deshalb etwas vorangebracht haben, um guten Willen zu zeigen. Dabei gibt es viele Schwierigkeiten. Viele Kinder, die zu ihren Eltern nach der BRD gebracht werden sollen, wollen die DDR nicht verlassen, sie gehen hier in die Schule, gehören dem Pionierverband und der FDJ an und fühlen sich bei uns wohl. Außerdem schieben wir im Zusammenhang mit der Familienzusammenführung manche kriminelle Elemente in die BRD ab. Sie werden in der BRD zwar als politische Fälle betrachtet, aber in Wirklichkeit handelt es sich um kriminelle Elemente.

Zum Abbau der langfristigen Zahlungsverpflichtungen der DDR gibt es einen vom Politbüro bestätigten genauen Maßnahmeplan und eine vom Politbüro eingesetzte Arbeitsgruppe. Wir gehen davon aus, daß die Reduzierung der langfristigen Zahlungsverpflichtungen durch die Erhöhung der eigenen Leistungen und eigenen Anstrengungen erreicht wird. 1973 waren die Verpflichtungen der DDR bereits etwas zurückgegangen, aber durch den Anstieg der Rohstoffpreise in diesem Jahr hat sich das Bild wieder geändert. Wir werden Schritt um Schritt unsere Verpflichtungen gegenüber der BRD abbauen und uns in unserem Handel stärker auf solche westeuropäischen Länder wie Frankreich, Italien, Großbritannien und Nordeuropa orientieren.

Der Besuch unserer Partei- und Regierungsdelegation in der VR Polen und die zwischen mir und Genossen Edwar Gierek geführten Gespräche über die ökonomischen Beziehungen verliefen

positiv. Die polnischen Genossen, die ursprünglich weitreichendere Vorschläge für die ökonomische Zusammenarbeit unterbreitet hatten, haben unsere Position akzeptiert. In einem Gespräch sagte mir jedoch Genosse Gierek, daß wir in zwei Jahren vor neuen Problemen stehen werden und daß man dies heute bereits ins Auge fassen müsse. Genosse Gierek hat insofern recht, als sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der DDR und der VR Polen gut entwickeln. Die Umsatzsteigerung im Außenhandel betrug im letzten Jahr über 20 Prozent.

Bekanntlich haben wir die Grenze zwischen der DDR und der VR Polen geöffnet. Es wird nur eine geringe Zollkontrolle ausgeübt. Seit diese Maßnahmen in Kraft sind, sind über 30 Millionen Menschen zwischen beiden Ländern hin- und hergereist. Wir betrachten dies als eine große Errungenschaft. Heute verstehen sich nicht nur Deutsche und Polen gut, sondern es gibt auch eine stärkere Verzahnung der Volkswirtschaften. Das war nur unter Führung der Kommunistischen Parteien möglich. Genosse Gierek informierte uns über die Vereinbarung, die zwischen der UdSSR und der VR Polen über die gegenseitige Errichtung von je 50 Betrieben getroffen wurde.

In der DDR sind gegenwärtig 20 000 polnische Bürger tätig. Sie arbeiten zum großen Teil im Montagebau bzw. in einigen Betrieben an der Grenze zwischen der DDR und der VR Polen. Die Öffnung der Grenze zu Polen hat uns geholfen, den Druck, nach dem Westen zu fahren, zu vermindern. Genosse Gierek hat

in Gespräch unter vier Augen gesagt, daß auch für die VR Polen die Sowjetunion der Hauptpartner ist und bleibt. Genosse Gierek informierte mich über neu entdeckte große und wertvolle Steinkohlevorkommen im Gebiet von Lublin, über große Salz- und Kalivorkommen im Gebiet von Bydgoszcz sowie über reiche Bauxitvorkommen. Hier eröffnen sich neue Möglichkeiten für die Vertiefung und Erweiterung der ökonomischen Zusammenarbeit zwischen der DDR und Volkspolen. Auf dem Gebiet der Kupferförderung arbeiten wir bereits mit den polnischen Genossen zusammen.

Wir haben eine gemeinsame Hafenorganisation "Interport" geschaffen, in der alle Ostseehäfen der DDR und der VR Polen zusammengeschlossen sind und an der sich auch die CSSR beteiligt. Die Nützlichkeit dieser gemeinsamen Hafenorganisation ist bereits erwiesen, wenn wir auf die Kosten verweisen, die für den Umschlag unserer Waren im Hamburger Hafen aufgebracht werden müßten.

Es geht also in unserer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der VR Polen um die Erschließung neuer Reserven im Sinne der Stärkung des gemeinsamen Wirtschaftspotentials der RGW-Länder und im Rahmen des Komplexprogramms der sozialistischen ökonomischen Integration.

+ Werner - Schmidt